

Rote Gedanken Céline Widmer April 2025

Kriminalitätsstatistik: Fakten ignoriert, Vorurteile geschürt

Jedes Jahr im Frühling das gleiche Spiel: Bund, Kantone und Städte veröffentlichen die Kriminalitätsstatistik und die SVP missbraucht diese, um Ausländer:innen zu stigmatisieren. Dieses Jahr mit besonderer Härte gegen Asylsuchende, obwohl es genau in diesem Bereich letztes Jahr keine Zunahme gab – aber Fakten interessieren die Rechtspopulisten ja offensichtlich nicht. Dann folgt mantrahaft der Ruf nach Grenzschutz – und leider weit über die SVP hinaus – nach strengeren Gesetzen und Abschiebungen.

Dazu drei grundsätzliche Bemerkungen: erstens bildet die polizeiliche Kriminalitätsstatistik nicht ein Gesamtbild der Kriminalität ab, sondern nur einen Ausschnitt: Strassenverkehrsdelikte werden hier gar nicht erfasst und es ist eine Statistik der Anzeigen, nicht der Verurteilungen. Zweitens ist Kriminalität kein Migrations- oder Asylphänomen! Sowohl Schweizer:innen als auch Ausländer:innen halten sich zum allergrössten Teil an Gesetze, nur ein ganz kleiner Teil nicht. Niemand widerspricht der Tatsache, dass dieser bei Ausländer:innen höher ist als bei Schweizer:innen. Das lässt sich einfach erklären durch Armut, Perspektivlosigkeit und Gewalterfahrung. Nicht die Staatsangehörigkeit oder der Aufenthaltsstatus ist relevant für kriminelles Verhalten, sondern es sind persönliche und soziale Umstände, die Menschen zu Täter:innen machen. Drittens erhöhen härtere Gesetze nicht die Sicherheit. Es gibt keine Empirie, dass härtere Strafen abschrecken. Entscheidend ist ein konsequenter und effektiver Vollzug der bestehenden Regeln. Das gilt auch beim Problem des Kriminaltourismus, welches gemäss der aktuellen Statistik zugenommen hat. Sogar die GLP fordert diesbezüglich schon härtere Gesetze, dabei ist sich die Praxis einig, dass es keine neuen Regeln braucht, sondern Ressourcen für den Vollzug – und dagegen wehrt sich die SVP ja dann wiederum verlässlich.

Die rechtspopulistische Debatte um «Ausländerkriminalität» lenkt von einem dringenden Problem ab: Die häusliche Gewalt hat letztes Jahr noch stärker zugenommen als in den Jahren zuvor. Anzeigen wegen schweren Gewaltstraftaten sind um 20 Prozent gestiegen. Die Opfer sind überwiegend Frauen und es sind überwiegend Beziehungsdelikte. Es braucht endlich wirksame Massnahmen gegen geschlechterspezifische und sexualisierte Gewalt. Die SP fordert schon lange mehr Ressourcen für die Prävention und den Opferschutz. Auch die Zunahme von Diskriminierung und Aufruf zu Hass ist mehr als besorgniserregend. Um gegen Hate-Speech und Desinformation im Netz wirksam vorzugehen, brauchen wir dringend eine Regulierung der online-Plattformen wie X und Co. Doch statt diese Kriminalität ernst zu nehmen, bagatellisiert die SVP häusliche Gewalt und schürt lieber Vorurteile gegenüber Migrant:innen. Und Bundesrat Rösli verzögert in vorseilendem Gehorsam vor der Trump-Musk-Administration die Plattformregulierung und spielt damit den Techgiganten in die Hände. Was für eine Farce!